BastA!

Nr. 3 / September 1999

Basels starke Alternative

AZB
4005 Basel

Mutationen an:
Postfach 142, 4005 Basel

Das Bündnis hat Perspektive

Wahlen

Das Bündnis ist kein wahltaktisches Manöver. Wir arbeiten zusammen, weil wir so unsere sozialen, ökologischen und feministischen Anliegen besser verwirklichen können.

Liebe Leserinnen und Leser

BastA! beteiligt sich an den Nationalratswahlen. Die Kampagne kostet uns 24'000 Franken. Vor vier Jahren war der Betrag dreimal so hoch. Damals traten die grün-feministisch-linken Gruppen mit separaten Listen an. Das ist heute anders. BastA!, die Grüne Partei, die Frauenliste sowie die alte und neue PdA haben sich auf eine gemeinsame Liste geeinigt: das Bündnis. In dieser Konstellation hätten wir bei den letzten Wahlen einen Nationalratssitz geholt. Guy Morin wäre gewählt worden. Ob's nun am 24. Oktober 1999 klappt? Die Chancen sind gut, wenn wir etwas dafür tun.

Das Bündnis ist kein Sparprodukt. Die Aufteilung der Finanzen auf mehrere Gruppen ist entlastend, aber kein Hauptgrund für den Zusammenschluss. Die gute Zusammenarbeit im Grossen Rat trug zur Konstituierung bei. Seit den letzten Wahlen bilden die Grünen und BastA! eine gemeinsame, dreizehnköpfige Fraktion, in der mit Benny Degen auch ein bestandenes Mitglied der PdA mitwirkt. Zusammen mit der Frauenliste setzten wir uns dafür ein, dass die kantonalen Beihilfen für AHV- und IV-Rentner/innen beibehalten werden. Zu den weiteren gemeinsamen Aktivitäten gehört die Bündnis-Initiative. Wir wollen damit die Ergänzungsleistungen ausweiten und einkommensschwache Haushalte mit Kindern entlasten. Dieser Vorschlag steht schon in der gemeinsamen Plattform, die das Ergebnis vieler Diskussionen ist.

Das Bündnis ist kein wahltaktisches Manöver. Wir arbeiten zusammen, weil wir so unsere sozialen, ökologischen und feministischen Anliegen besser verwirklichen können. Die Annäherung erfordert Rücksichtnahmen und Zeit für Konsensbildung. An den letzten, gut besuchten Bündnis-Versammlungen war viel Stimmiges spürbar. Was tun, damit diese innere Dynamik noch mehr nach aussen dringt? Als kleines Zeichen verstehen wir die gegenseitigen Wahlempfehlungen der Bündnis-KandidatInnen (siehe Seite 2/3). Wichtig ist uns auch die Listenverbindung mit der Sozialdemokratischen Partei. Damit geht keine Stimme verloren. Hoffentlich auch kein Sitz. Jedenfalls hat das Bündnis eine Perspektive, die über die Wahlen hinaus reicht. Das freut uns.

Ueli Mäder

Wahlkarussell

Sechs KandidatInnen bewerben sich auf der Bündnisliste für einen Sitz im Nationalrat. Drei von ihnen haben wir gefragt, weshalb sie ihre „MitbewerberInnen" zur Wahl empfehlen. Aus Platzgründen konnten Margrith von Felten, Anita Lachenmeier-Thüring und Ueli Mäder nicht berücksichtigt werden. Die Grünen haben aus dieser Not eine Tugend gemacht und diesen drei die gleiche Frage gestellt. Die Antworten sind im „Grüner Pfeffer" publiziert.

Warum ich Andrea Büchler Grünseis zur Wahl empfehle

Andrea Büchler Grünseis, Dr. iur. Juristin, eine Tochter, Grossrätin Frauenliste, DJS, Halt-Gewalt, Greenpeace

Andrea ist eine hartnäckige Gleichstellungspolitikerin, sie ist aber auch eine engagierte Linke. Seit 1995 ist sie im Grossen Rat. Ich habe Andrea in den letzten vier Jahren durch die gemeinsame politische Arbeit im Grossen Rat näher kennen und schätzen gelernt. In wichtigen politischen Fragen waren wir uns immer einig. Auch persönlich mag ich Andrea gut. Es verbindet uns nicht nur die gemeinsame politische Arbeit, sondern auch ähnliche Lebenserfahrungen als politisch engagierte, berufstätige Mütter.

Als Juristin hat Andrea letztes Jahr ihre Doktorarbeit über Gewalt in Ehe und Partnerschaft geschrieben. Sie arbeitet auch im Projekt "Halt-Gewalt" mit. Gewaltfragen gehören zu ihren politischen Schwerpunkten neben einer ganzen Reihe weiterer Bereiche. In der Kommission für Steuerfragen setzen wir uns gemeinsam für mehr Steuergerechtigkeit ein. Auch das Interesse für wirtschafts- und sozialpolitische Fragen verbindet uns.

Andrea ist sympathisch, gescheit, engagiert und beharrlich. Sie würde unser Bündnis in Bern gut vertreten.

Rita Schiavi Schäppi

Ich empfehle Jürg Stöcklin zur Wahl

Jürg Stöcklin ist kein unbeschriebenes Blatt auf dem politischen Parkett. Er vertritt schon seit langer Zeit Anliegen grüner und linker Politik - kompetent, beharrlich und engagiert. Er beugt sich nicht dem Diktat derjenigen, die im tagespolitischen Geschehen für sich die Definitionsmacht in Anspruch nehmen. Gleichzeitig ist er bereit, an Veränderungsprozessen auf verschiedenen Ebenen teilzunehmen. Zwei Beispiele: Jürg Stöcklin hat massgebend zum Entstehen des Bündnisses beigetragen - ich habe ihn neugierig und kreativ erlebt. Er ist auch Mitglied der grossrätlichen Reformkommission, aus der Einsicht, dass sich auch das Staatswesen Reformen nicht verschliessen kann. Er gehört dabei zu den Wenigen, die das Primat der Politik hochhalten und die demokratischen Rechte verteidigen.

Jürg Stöcklin steht für eine offene, demokratische und solidarische Schweiz.

Kantonale Volksinitiative für ein Gesetz über

Ergänzungsleistungen für Haushalte mit Kindern

Die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Stadt stimmberechtigten Einwohnerinnen und Einwohner reichen gemäss § 28 der Kantonsverfassung und den Bestimmungen des kantonalen Gesetzes betreffend Initiative und Referendum vom 16. Januar 1991 folgende unformulierte Volksinitiative für ein Gesetz über Ergänzungsleistungen für Haushalte mit Kindern ein.

1. Zweck

Um die Lebenshaltung von Kantonseinwohnerinnen und Kantonseinwohnern in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen, welche das Sorgerecht für unmündige Kinder haben, zu gewährleisten, richtet der Kanton Ergänzungsleistungen an Haushalte mit Kindern aus.

2. Berechnungsgrundlagen

Die Berechnung der Ergänzungsleistungen für Haushalte mit Kindern erfolgt analog zur Berechnung von Ergänzungsleistungen für Bezügerinnen und Bezüger von Renten der AHV/IV. Es gelten die gleichen Einkommensgrenzen und Lebenshaltungskosten, wie sie im Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) vom 19. März 1965, im kantonalen Einführungsgesetz und den dazugehörigen Verordnungen festgehalten sind.

3. Höhe der Leistungen

Für Familien mit Kindern, die das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, entspricht die Höhe der jährlichen Leistung der Differenz zwischen den anerkannten Ausgaben und den anrechenbaren Einnahmen des Haushaltes. Haben die Kinder das dritte Lebensjahr schon vollendet, aber das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet, so wird die Leistung begrenzt durch die Höhe des Lebensbedarfs der Kinder.

4. Finanzierung

Die Aufwendungen für die Ergänzungsleistungen für Haushalte mit Kindern werden aus staatlichen Mitteln gedeckt.

Der Wortlaut dieser Initiative ist am 21. August 1999 im Kantonsblatt veröffentlicht worden. Wer mit einem anderen als seinem eigenen Namen unterzeichnet oder auf andere Weise das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Initaitive fälscht, macht sich nach Art. 282 des Strafgesetzbuches strafbar.

Gemeinde: ❑ Basel ❑ Riehen ❑ Bettingen

Name und Vorname (handschriftlich und in Blockschrift)	**Geburtsjahr**	**Wohnadresse** (Strasse und Hausnummer)	**Kontrolle** (leer lassen)
1			
2			
3			
4			
5			

Das Initiativkomitee kann mit einfachem Mehr die Initiative zurückziehen. Es besteht aus folgenden Personen: Andrea Büchler Grünseis, Margrith von Felten, Anita Lachenmeier, Ueli Mäder, Rita Schiavi Schäppi, Jürg Stöcklin, Martin Flückiger.

Ganz oder teilweise ausgefüllte Unterschriftenbogen baldmöglichst einsenden an:

Das Bündnis
Postfach 142,
4005 Basel

Ergänzungsleistungen für Haushalte mit Kindern

Viele Haushalte mit mittleren und niederen Einkommen plagen heute zunehmend Existenzsorgen, besonders die von Armut bedrohte Einelternfamilien, die zu 85% von Frauen getragen werden. Die eidgenössische Armutsstudie zeigt, dass 57% der Haushalte unter der sogenannten Armutsgrenze Familien mit Kindern sind.

Auch in Basel hat in den letzten Jahren die Zahl der Alleinerziehenden und Paare mit Kindern, die auf Fürsorgeleistungen angewiesen sind, zugenommen. 1998 waren im Kanton Basel-Stadt rund 2400 Familien und Alleinerziehende auf Leistungen der Fürsorge angewiesen.

Unsere Initiative bezweckt, einem grossen Teil der von Armut betroffenen Familien mit Kindern den Gang zur Fürsorge zu ersparen. Diese Zielsetzung steht im Einklang mit Art. 41.2 der neuen Bundesverfassung. Ergänzungsleistungen statt Fürsorgeleistungen haben für die Betroffenen verschiedene Vorteile:

- Die Ergänzungsleistungen bilden einen klaren Rechtsanspruch, sie sind weder rückzahlbar noch besteht eine Unterstützungspflicht durch Verwandte, wie dies bei Fürsorgeleistungen der Fall ist.
- Die Leistungen sind auf der Berechnungsgrundlage der Ergänzungsleistungen etwas höher, als die Fürsorgeleistungen (siehe Beispiele), das heisst, sie geben den Familien einen etwas grösseren finanziellen Spielraum.
- Der Initiativtext differenziert zwischen Eltern mit Kindern unter drei Jahren und solchen, deren Kinder mehr als drei Jahre alt sind. Eltern mit Kindern unter drei Jahren soll die gesamte Differenz zwischen den anerkannten Ausgaben des Haushaltes und den allfälligen Einnahmen als Ergänzungsleistung ausbezahlt werden. Damit wird die sehr intensive Betreuungsarbeit von Kleinkindern auch finanziell anerkannt.
- Sind die Kinder mehr als drei Jahre alt, deckt die Ergänzungsleistung noch den Lebensbedarf der Kinder und hilft verhindern, dass Eltern mit bescheidenen Einkommen unter die Armutsgrenze fallen.

Ja zu einer fortschrittlichen Familienpolitik

Für Kinder ist es besonders schlimm, in Armut aufzuwachsen. Finanzielle Nöte belasten das Familienleben, führen zu Stress und gesundheitlichen Störungen. Kinder, die ohne das Stigma der Armut aufwachsen, erhalten bessere Startbedingungen und bessere Chancen für ihr ganzes Leben. Aber auch für die Eltern verbessern sich die Zukunftsperspektiven, wenn ihnen der grosse finanzielle Druck und der damit verbundene psychische Stress erspart bleibt. Die besonders häufig von Armut betroffenen Frauen mit Betreuungsaufgaben werden durch die zusätzlichen Ressourcen und die finanzielle Sicherheit eher in die Lage versetzt, Zukunftsperspektiven zu entwickeln, die später ein finanziell unabhängiges Leben ermöglichen.

Der Kanton Tessin hat die Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien und Kinder vor zwei Jahren eingeführt und, als wirtschaftlich eher schwacher Kanton, mehr Mut in der Familienpolitik bewiesen, als andere. Die Erfahrungen sind sehr positiv. Rund 3000 Familien und 5000 Kinder profitieren im Kanton Tessin von den Familien-Ergänzungsleistungen.

Im Kanton Tessin betragen die Kosten für die Familien-Ergänzungsleistungen rund 13 Mio. im Jahr. Auch in Basel dürften sowohl die Anzahl Haushalte und Kinder, welche von Ergänzungsleistungen für Haushalte mit Kindern profitieren werden, als auch die Kosten mit denjenigen des Kantons Tessin vergleichbar sein.

Beispiele:

Gegenüber Fürsorgeleistungen bedeuten die Ergänzungsleistungen für Haushalte mit Kindern

- für eine alleinerziehende Person mit einem Kind eine Verbesserung von bis zu **390.-**/ Monat
- für ein Paar mit zwei Kindern eine Verbesserung von bis zu **480.-** / Monat

Wer käme in den Genuss von Ergänzungsleistungen für Haushalte mit Kindern?

- Familien bestehend aus 2 Erwachsenen und 2 Kindern bei Einkommen bis gegen Fr. **60'000.-** / Jahr
- Alleinerziehende mit einem Kind bei Einkommen bis gegen Fr. **40'000.-** / Jahr

Geschätzte Mehrkosten

Die Mehrkosten pro Jahr (Annahme: 2400 Familien im Kanton Basel-Stadt) betragen nur ca. **12 – 13 Mio.**, da ein grosser Teil des Aufwandes bei der Fürsorge eingespart wird.

Deutliche Worte braucht er zur aktuellen Sparhysterie und zum Sozialabbau: "Die Sparpolitik zehrt an der Substanz unseres Staatswesens und lastet wie eine Dunstglocke über der Stadt. Sie droht dazu beizutragen, dass die Zahl der VerliererInnen in unserer Gesellschaft zunimmt."

In Bern braucht es sein Wissen und seinen Einsatz vor allem im Bereich der Energiepolitik. Die Energiepolitik gehört zu seinen Schwerpunkten, er tritt kompromisslos für eine ökologische Steuerreform und für die Energiewende ein.

Und übrigens: Jürg Stöcklin hat eine offene, interessierte Haltung feministischen Anliegen gegenüber. Er ist ein Verbündeter, wenn es darum geht, Chancengleichheit durchzusetzen.

Andrea Büchler Grünseis

Jürg,Stöcklin, PD Dr. phil. II
Dozent Botanik Uni Basel, Grossrat
Grüne, Vater von 2 Töchtern, Co-Präs. NWA

Damit keine Stimme verloren geht

Das Bündnis will einen Nationalratssitz erringen. Es ist uns aber auch ein Anliegen, dass das gute Resultat der letzten Wahlen mit vier Sitzen für das linke Spektrum wenn immer möglich erneut erzielt werden kann. Damit keine Stimme verloren geht, ist das Bündnis mit der Sozialdemokratischen Partei Basel-Stadt eine Listenverbindung eingegangen. „Überzählige" Listenstimmen für das Bündnis sind also nicht „verloren", sondern tragen dazu bei, den gefährdeten vierten Sitz des linken Spektrums zu halten.

Beim Ausfüllen der Wahlzettel bitten wir zu bedenken, dass jeder listenfremde Name, der auf die Bündnisliste gesetzt wird, das Bündnis eine Listenstimme kostet. Wir empfehlen daher, die Liste 8 unverändert in die Urne zu werfen.

Als Grüner wähle ich Rita Schiavi Schäppi!

Rita Schiavi Schäppi, lic. phil. I
Soziologin, 2 Kinder, Grossrätin BastA!,
Vorstand Gewerkschaft GBI, Inspektion GB

Rita Schiavi ist eine erfahrene Grossrätin, Mitglied der Steuerkommission und Präsidentin der Regiokommission des Grossen Rats. Beeindruckt hat mich immer schon die Kombination von Sachkompetenz und emotionaler Engagiertheit, die für das Politisieren von Rita charakteristisch sind. Ihr Herz schlägt links. Gerechtigkeit und das Einstehen für die Interessen und Rechte der Benachteiligten ist ihr Programm. Rita kennt auch die Dringlichkeit der Überwindung des Gegensatzes von Ökonomie und Ökologie. Dabei ist Rita bei aller Sachkenntnis in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Themen keine Theoretikerin. Durch ihre Verankerung in der Gewerkschaftsbewegung, weiss sie aus konkreter Anschauung, was zu geringe Löhne, prekäre soziale Verhältnisse oder Fremdendiskriminierung bedeuten. Ihre scharfzüngigen Voten im Grossen Rat verschaffen ihr auch beim politischen Gegner Respekt. Als Präsidentin der Regiokommission stellt sie unter Beweis, dass sie nicht nur eine engagierte Interessenvertreterin ist, sondern ebensosehr eine zur Integration fähige Politikerin, die die Vision einer grenzüberschreitenden sozial und ökologisch fortschrittlichen Regiopolitik hartnäckig zu verfolgen weiss.

Jürg Stöcklin

(Das „Wahlkarussell" wurde betreut von René Etter)

Ausserdem auf Liste 8:

Die drei KandidatInnen, die wir hier im „Wahlkarussell" aus Platzgründen nicht berücksichtigt haben, werden in ähnlicher Weise im „Grünen Pfeffer" vorgestellt.

Margrith von Felten, lic. iur., bisher Juristin, parteilos, Grüne Fraktion, 2 Töchter, FemCo, VPOD, VCS, Basler Appell

Anita Lachenmeier-Thüring
Werklehrerin, Katechetin, 3 Kinder, Grossrätin, Parteipräsidentin Grüne, VCS

Ueli Mäder, PD Dr. phil.
Soziologe, Dozent Uni / HFS, Vater von 3 erwachsenen Kindern, Grossrat BastA!, VPOD, GSoA

Das Bündnis

grün feministisch links

Visionen einbringen!

Die Verfassung prägt nicht den Alltag. Sie sollte aber die Wirklichkeit spiegeln. Denn sie definiert Funktion und Rechte der staatsbildenden Kräfte. Die Basler Verfassung datiert im Grundsatz von 1889. Entsprechend staubig ist sie.

Aus meiner Sicht besteht für BastA! guter Grund, sich im Verfassungsrat einzusetzen und eine starke Vertretung anzustreben. Die Verfassungsrevision wird in den nächsten Jahren die politische Diskussion mit prägen. Der Verfassungsrat ist ein ideales Forum für neue Ideen. Wohl besteht die Gefahr, dass am Ende – wie beim Bund – nur eine sprachliche Straffung und Aktualisierung resultiert. Dann wäre mindestens Schlimmeres verhindert worden. Aber es besteht die Chance, unsere politischen Visionen in die Diskussion einzubringen.

Der Bedarf dafür ist ausgewiesen. Es seien vorweg zwei Bereiche erwähnt: Einerseits die politische Integration der AusländerInnen, anderseits die Öffnung unseres Kantons zur trinationalen Region. Aber selbstverständlich sind in allen Bereichen verfassungsrechtlicher Grundlagen harte Auseinandersetzungen zu erwarten - begonnen bei den demokratischen Mitwirkungsrechten (Quartierräte als mögliches Stichwort), über die Wirtschafts- und Sozialpolitik, Erziehung und Bildung bis hin zu Verfahrensgarantien und Gerichtsbarkeit. Natürlich werden wir ein Schwergewicht bei Gleichstellungs- bzw. Diskriminierungsfragen, Umweltschutz, sozialer Wohlfahrt setzen müssen. Anderseits stehen aber auch die Grundsätze zur Verkehrspolitik und zur Raumplanung, die Kultur oder die Finanzkompetenzen zur Debatte.

Da der zu wählende Verfassungsrat aus nur sechzig Mitgliedern besteht, wird das von unsern VertreterInnen viel abverlangen. Nur wenn wir mit dem Bündnis eine starke Fraktion delegieren können, wird es auch möglich sein, alle Themenbereiche abzudecken. Die Fraktion wird dabei selbstredend auf die inhaltliche Unterstützung durch unsere kompetenten Mitglieder und SympathisantInnen angewiesen sein.

Der Verfassungsrat ist ein ideales Forum für neue Ideen

Wenn wir sehen, welche Prominenz sich auf den bürgerlichen Wahllisten findet, unterstreicht dies das Gewicht, das diese Kräfte der kommenden Auseinandersetzung beimessen. Diese Herausforderung können wir annehmen. Auch das Bündnis hat in kurzer Zeit eine Liste zusammenstellen können, die viele Ideen und Kompetenz in den Kampf um die neuen Grundlagen des Kantons einbringen könnte. Aber dazu braucht es Deine Unterstützung! Die beginnt schon damit, dass im Kreis der Bekannten eine Diskussion über die Wahlen in den Verfassungsrat provoziert wird. - Und natürlich: Wählt BastA! Auf Liste 8!

Peter Bohny

Foto: Martin Flückiger

Das Bündnis wird sich dafür einsetzen, dass das kantonale Stimm- und Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten in der Verfassung verankert wird (Bild: Übergabe der Petition „für eine politische Lösung des Kurdistankonflikts" in Bern)

In guter Verfassung

Auch zu den Verfassungsratswahlen tritt BastA! im Rahmen des Bündnisses an. Im Unterschied zu den Listen der übrigen Parteien, die sehr männerlastig sind, sind auf der Bündnisliste über 60% aller Kandidierenden Frauen. Die vollständige Liste mit Fotos aller KandidatInnen findet ihr in der Bündnis-Wahlzeitung, die in den nächsten Tagen in eurem Briefkasten sein sollte. Hier die Namen derjenigen KandidatInnen, die für BastA! kandidieren:

Amstutz Irene
Bohny Peter
Engel Martin
Gerber Brigitta
Grunauer-Müller Verena (parteilos)
Gysin Kaya Simone
Häring Rolf
Hofer Regula
Knöpfel Carlo (parteilos)
Mattmüller Georg (parteilos)
Menzi Regula
Müller-Walz Urs
Pfeiffer Marcel
Rodriguez Moser Dora (parteilos)
Ryser Stefan
Schweizer Ursula
Strebel Sabine

Liste 8

Lokal denken - national handeln?

BastA! beteiligt sich als lokale Organisation im Rahmen des Zusammenschlusses 'Das Bündnis' an den Nationalratswahlen. Die bunten Prospekte sind gedruckt, vier Frauen und zwei Männer lächeln uns daraus an und versprechen, *im Spannungsfeld zwischen Vision und Wirklichkeit* [1] konkrete Politik zu entwikkeln. Liebe Rita Schiavi, lieber Ueli Mäder, ich wähle Euch selbstverständlich – selbstverständlich?

Gruppen funktionieren bekanntlich nach bestimmten Regeln und Gesetzmässigkeiten. Eine dieser Regeln lässt sich so zusammenfassen: Für Gruppenmitglieder ist Vieles selbstverständlich, was für Aussenstehende *nicht* selbstverständlich ist. Und je näher jemand dem „Kern" der Gruppe ist, desto stärker ist diese Tendenz.

Als Einer, der sich ausserhalb dieses Kerns von BastA! bewegt, kann ich mir Fragen erlauben, die „drinnen" schon lange beantwortet sind. Ihr werdet aber von denen „draussen" gewählt. Deshalb werdet Ihr, gerade gegenüber Leuten, die Euch wohlgesinnt sind, einige „Selbstverständlichkeiten" zu klären haben.

Ich setze mich für die Stärkung einer gesellschaftlich regulierten Wirtschaft ein

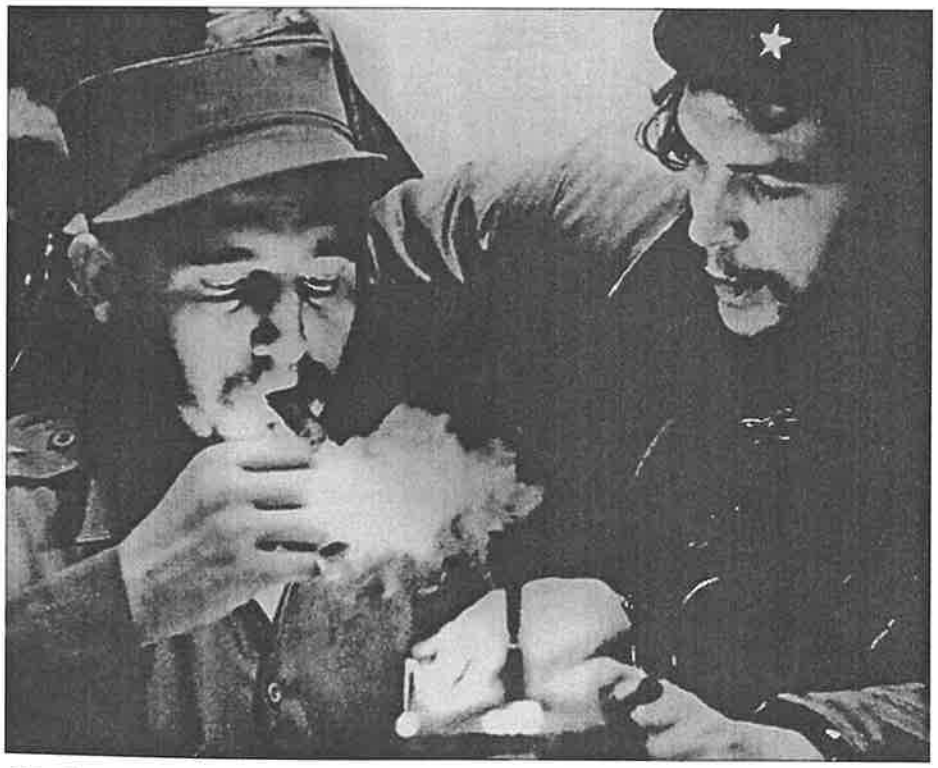
BastA!-Bulletin: Rita, Du orientierst Dich an der *Vision einer solidarischen Gesellschaft, in der Arbeit, Zeit, Geld, Macht und Raum gerecht auf alle verteilt sind.* Deine sozialdemokratischen GenossInnen wollen *soziale Sicherheit und genügend Arbeitsplätze für alle und soziale Chancengleichheit im Bildungswesen.* Während Deine Kontrahentinnen aus der SP *eine weltoffene und solidarische Schweiz mit einer menschlichen Flüchtlingspolitik* fordern, möchtest Du eine *weltoffene Schweiz*, die *kulturelle Vielfalt nicht als Bedrohung begreift.* Wähle ich mit Dir die bessere Sozialdemokratin?

Rita: Wenn ich eine „bessere Sozialdemokratin" wäre, dann wäre ich schon längst der SP beigetreten. Dass ich das nicht getan habe, sondern mich für den – nicht einfachen – Aufbau von BastA! engagiert habe, hat gute Gründe. Glücklicherweise vertritt die SP bei uns noch linke Grundwerte (was ja bei der deutschen und englischen Sozialdemokratie nicht mehr so klar ist). Leider nimmt sie aber in ihrer konkreten Politik immer wieder Rücksicht auf ihre Regierungsmitglieder und den Konkordanzkompromiss mit den Bürgerlichen. Ich finde es deshalb sehr wichtig, dass in Bern die oppositionellen linken Kräfte gestärkt werden, die nicht in die Regierungsverantwortung eingebunden sind. Ausserdem gibt es gerade in der Wirtschaftspolitik auch grundlegende inhaltliche Unterschiede zwischen einer linken Politik, wie ich sie vertrete, und der SP-Politik: Die SP stellt auch bei uns Privatisierungen und Deregulierungen nicht grundsätzlich in Frage. Als Beispiel auf nationaler Ebene nenne ich die Ausgliederung und Privatisierung der Swisscom aus der PTT, die von der SP nicht bekämpft wurde. Wir haben das Referendum dagegen unterstützt, das dann leider nicht zustande gekommen ist.

BastA!-Bulletin: Ueli, ich weiss, dass Du im politischen Alltag immer versuchst, die grösseren Zusammenhänge nicht aus den Augen zu verlieren, getreu dem Motto „Global denken - lokal handeln". Stellt das BastA!-Engagement in den NR-Wahlen nun eine Umkehrung der Denkrichtung dar im Sinne von „Lokal denken - national handeln"? Kann BastA! die nationale Ebene nicht getrost jenen Kräften überlassen, die einerseits national verankert sind, und die andererseits in der überwiegenden Anzahl der auf uns zukommenden NR-Beschlüsse gleich abstimmen werden wie unsere VertreterInnen ?

Ueli: Das Motto „Global denken - lokal handeln" bleibt für mich zentral. Es beinhaltet eine Entwicklung von unten, die über Kantonsgrenzen hinaus führt; aber nicht im Sinne von „Lokal denken - national handeln". Das wäre eine Art nationalistischer Föderalismus. Ich bin für eine offene Schweiz, die sich stärker in der UNO engagiert. Wenn sich wirtschaftliche Kräfte konzentrieren, braucht es ein politisches Gegengewicht.

Fortsetzung nächste Seite



„Für Gruppenmitglieder ist Vieles selbstverständlich, was für Aussenstehende nicht selbstverständlich ist."

Lokal denken...?

(Fortsetzung)

Sonst lassen sich im Welthandel keine gerechten Preise durchzusetzen. Aber dafür engagiert sich im Nationalrat kaum jemand. Uns wäre das ein wichtiges Anliegen.

BastA!-Bulletin: Die (sozial-)politischen Forderungen des „Bündnis" zielen auf die Folgen und Gefahren von Neoliberalismus und entfesseltem „freien" Markt. Aehnliches gilt allerdings für die SP, deshalb ganz allgemein: Gibt es auf dem nationalen Parkett überhaupt einen politischen Spielraum links der SP?

„Ich bin für eine offene Schweiz, die sich stärker in der UNO engagiert."

Rita: Etwas überspitzt formuliert: in ihrer konkreten Politik lässt die SP die „Entfesselung der Marktkräfte" zu, setzt auf Wirtschaftswachstum und versucht die negativen Auswirkungen dann etwas abzumildern. Ich setze mich für die Stärkung einer gesellschaftlich regulierten Wirtschaft ein, die nicht sinnlos wachsen soll um der Profite willen. Ich bin für mehr staatliche Investitionslenkung und stärkere Regulierung der Wirtschaft, und deshalb auch strikte gegen Privatisierungen.

Ueli: Die SP fördert den sozialen Zusammenhalt. Ich bin froh, dass es sie gibt. Sie ist aber recht marktgläubig in die Exekutive eingebunden. Der Trend zur neuen Mitte stützt gängige Privatisierung. Das Bündnis tritt hingegen für eine Demokratisierung ein, die vor der Wirtschaft nicht Halt macht. Das gilt auch für globale Fragen. Die europäische Einigung ist wichtig, aber unter Einbezug der Dritten Welt. Der soziale Ausgleich muss weltweit zuvorderst stehen. Wir müssen die Preise für Rohstoffe an jene der industriell gefertigten Güter anpassen. Mit den höheren Einnahmen könnten die südlichen Länder für ihre Grundbedürfnisse selber aufkommen. Die SP wehrt sich teilweise gegen eine solche Indexierung. Da braucht es Kräfte, die freier politisieren können.

Die Fragen stellte Martin Brunner

[1] *Alle Forderungen (kursiv gedruckt) sind den Prospekten zu den Nationalratswahlen 1999 von SP und Das Bündnis entnommen.*

Das Bündnis im Netz:

www.buendnis.ch

Das Bündnis

grün feministisch links

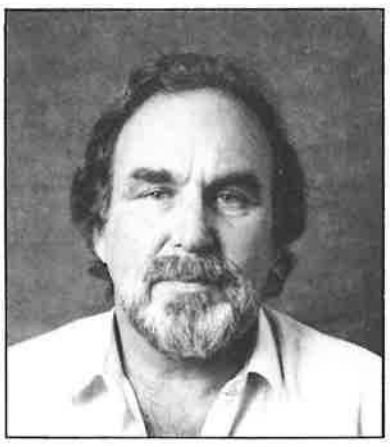
Liste 8

FrAktionen!

Grosser Rat

Bereits im April 1994 hat Rita Schiavi Schäppi einen Anzug betreffend Einführung einer ergänzenden Kinderzulage für Familien oder Alleinerziehende mit geringem Einkommen eingereicht. Die Regierung wollte den Anzug kürzlich abschreiben. Die Ratsmehrheit hingegen hat beschlossen, den Anzug stehen zu lassen. Das Bündnis will nun dem Anliegen mit der Initiative "Ergänzungsleistungen für Haushalte mit Kindern" zum Durchbruch verhelfen. Die starke öffentliche Präsenz im Vorfeld der Wahlen soll zur Unterschrifensammlung genutzt werden. Die Unterschriftensammlung hat am Samstag, 21. August begonnen. Unterschriftenbogen liegen bei!

Neu im Grossen Rat ist Rolf Häring, Lehrer, Heilpädagoge und Mitglied der Gewerkschaft Erziehung. Er rückt für die grüne Grossrätin Katia Dormann nach. Rolf ist ein gewiefter Parlamentarier. Er bringt die Erfahrungen von über drei Legislaturperioden als Grossrat der POB mit. Ein Schwerpunkt von Rolfs politischer Arbeit ist die Schul- und Bildungspolitik. Er wird sich gegen Sparmassnahmen im Schulbereich und für Investitionen im Erziehungswesen einsetzen. Rolf will sich im Grossen Rat aber auch gegen die New Public Management Strategien der Regierungsparteien wehren. Er ist ein entschiedener Gegner von Privatisierung, Deregulierung und Sozialabbau. Wichtiges Anliegen ist ihm die Schulreform, zu deren Gelingen er beitragen möchte. Rolf will sich dafür einsetzen, dass die notwendigen Korrekturen zur Verbesserung dieser Reform an die Hand genommen werden. Wir freuen uns, von Rolf Härings Erfahrungen profitieren zu können, und wünschen ihm viel Erfolg!



Neu im Grossen Rat, aber kein Anfänger: Rolf Häring

In Sachen Interpellation von Zeynep Yerdelen betreffend die Schaffung einer Stelle für interkulturelle Pädagogik haben wir im Bulletin vom Februar 1999 berichtet, dass die Regierung versprochen hat zu prüfen, ob eine solche Stelle geeignet wäre, die Rahmenbedingungen des Unterrichts in multikulturellen Klassen zu verbessern. Jedenfalls sollte die bereits angelaufene Zusammenarbeit mit der Kommission für Migration und Integration in dieser Frage noch intensiviert werden. Da im Integrationsleitbild Bildung ein Schwerpunkt ist, hofft Zeynep, dass es doch noch zu einem Konzept eines interkulturellen Bildungsprogrammes und einer entsprechenden Organisationsstelle kommt.

Im vergangenen Sommer hat Ueli Mäder mehrere Interpellationen und einen Anzug eingereicht. Sie betreffen die Einschränkungen des Familiennachzuges von AusländerInnen, die Einschränkung der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit sowie die Bedachung des St. Jakob-Stadions. Mit dieser soll Solarenergie gewonnen werden, ein Vorschlag, der sich auf eine Machbarkeitsstudie von Greenpeace stützt.

Regula Iselin

Expertokratie?

Kantonsspital

Die öffentliche Grundversorgung wird auf den Kopf gestellt. vpod-Sekretär Martin Engel zeigt die Gefahren der Marktöffnung im Service Public am aktuellen Beispiel der geplanten Auslagerung des Basler Kantonsspitals.

Die Fakten sind sattsam bekannt: unrentable Postämter werden geschlossen, Verkehrslinien privatisiert oder gar gestrichen, die SBB mutieren zur Aktiengesellschaft, Deregulierung in der Telekommunikation drückt nicht nur auf die Tarife, sondern auch auf die Löhne – kurz: der öffentliche Dienst steht mitten in einem grundlegenden Umbruch.

Die Beispiele verdeutlichen, dass diese Entwicklung auf Bundesebene schon weit gediehen ist. Obwohl sie mit Abbau der demokratischen Kontroll- und Mitspracherechte sowie mit einer Verringerung der Dienstleistungen verbunden ist, hat sie ohne nennenswerte öffentliche Diskussion stattgefunden. Das gibt zu denken. Und bereits stehen im Gesundheitswesen und in der Elektrizitätsversorgung die nächsten "Liberalisierungsschritte" an.

Die Signale aus Bern werden in den Kantonen postwendend umgesetzt: In Basel-Stadt steht jetzt die Auslagerung des Kantonsspitals aus der kantonalen Verwaltung in eine "öffentlich-rechtliche Anstalt" bevor. Die federführende SP-Regierungsrätin Veronika Schaller argumentiert in erster Linie mit der Notwendigkeit effizienter Führung. Für PatientInnen und Personal bleibe alles beim Alten. Bei genauerem Hinsehen fällt allerdings auf:

- Es kommt zu einer deutlichen Machtverschiebung weg vom Parlament. Auch der Gesamtregierungsrat verliert an Bedeutung. Dafür gewinnen die Departementsvorsteherin und externe ExptertInnen (die im Spitalrat sitzen) an Einfluss. Die demokratischen Grundsätze werden den Managern und ihrem angeblichen Fachwissen geopfert.
- Es ist nicht gewährleistet, dass die Interessen von PatientInnen und Personal in den neuen Strukturen genügend wahrgenommen werden können. Ob das Parlament mit dem neuen Instrument „Leistungsauftrag" wirklich Einfluss bekommt, ist höchst fraglich. Die dafür notwendige Parlamentsreform hinkt dem Schallerschen Schnellzug hinterher.
- Obwohl das Personal weiterhin nach kantonalen Gesetzen beschäftigt bleibt, soll die Spitalführung mehr Spielraum bekommen. Es ist eine Frage der Zeit, bis z.B. der Schichtbonus in Frage gestellt wird. Auch können mit der neuen Organisationsform ganze Abteilungen an Private abgetreten werden (Outsorcing). Besonders bedroht ist beispielsweise der Reinigungsdienst.
- Gesundheitspolitisch bedenklich ist die Konzentration der Leistungen auf die Akutmedizin für Erwachsene, ohne dass gesagt wird, wer z.B. für LangzeitpatientInnen oder für die Alters- und Palliativmedizin zuständig ist. Es stellt sich die Frage, ob diese Bereiche überhaupt marktfähig sind oder im Konkurrenzkampf der Spitäler einfach untergehen?

Die Linke ist gefordert, der Demontage des ServicePublic einen Riegel zu schieben

Gerade im Gesundheitswesen ist eine Rückbesinnung auf die Werte einer sozial gerechten Grundversorgung dringend notwendig. Wer die Instrumente demokratischer Mitsprache freiwillig aus der Hand gibt, akzeptiert faktisch den schleichenden Leistungsabbau. Die Entscheide darüber, was zur medizinischen Grundversorgung zu gehören hat, sind politischer Art. Sie müssen den demokratischen Ansprüchen genügen, die wir für unser Gemeinwesen als charakteristisch und notwendig erachten. Die nicht wegzudiskutierenden Probleme in der Gesundheitsversorgung und -versicherung dürfen nicht den "SpezialistInnen" im Solde der Ärztemafia und der Pharmagiganten überlassen werden.

Die anstehenden Probleme im Gesundheitswesen und beim Kantonsspital werden mit einer Auslagerung nicht gelöst. Zur Gewährleistung der Pflege müssten z. B. dringend 200 neue Stellen bewilligt werden. Die Linke ist jetzt gefordert, der Demontage des Service Public einen Riegel zu schieben.

Martin Engel

Die Demontage des Service Public schreitet voran. Bild: Trümmerhaufen beim Kantonsspital. (Foto: Martin Flückiger)

„Mutter schafft auch ohne Versicherung"

Satire

BastA! sprach mit dem Sektenführer, Milliardär und begnadeten Redner B. Locher.

BastA!: Herr Locher, Ihre Fans nennen Sie liebevoll "Christ of Blocker". Ist Ihnen dieser Übername nicht etwas peinlich?
Locher: Nein
BastA!: Sie stehen im Ruf eines Sektenführers, der traditionelle Werte wie Familie, Reisläufertum und Knabenschiessen hochhält. Mehr noch: Sie sammeln Ankerbildchen. Trotzdem haben Sie dazu beigetragen, dass die Mutterschaftsversicherung bachab geschickt wurde. Ein Widerspruch?
Locher: Nein.
BastA!: Das Abstimmungsergebnis vom vergangenen Juni haben Sie mit den Worten kommentiert: "Eine kommunistisch inspirierte Vorlage wurde gebodigt. Das ist gut so. Mutter schafft auch ohne Versicherung." War diese Aussage ironisch gemeint?
Locher: Nein.
BastA!: Herr Locher, erlauben Sie mir eine indiskrete Frage. Haben Sie je Ihre Windeln selber gewaschen?
Locher: Nein.
BastA!: Ihre Antwort gibt mir das Stichwort zu unserem nächsten Thema. Herr Locher, Sie sind Milliardär und gebieten über ein wirtschaftliches Imperium, in dem Hunderte von Migrantinnen und Migranten für Sie arbeiten. Trotzdem verunglimpfen Sie eben diese Menschen als Feinde des Schweizervolkes und unerwünschte Eindringlinge. Gibt Ihnen dieser Sachverhalt nicht zu denken?
Locher: Nein.
BastA!: Ihre Sekte breitet sich epidemieartig aus. Die Wissenschaft spricht in diesem Zusammenhang vom "Blocker-Synergie-Effekt", besser bekannt unter dem Kürzel BSE. Die Symptome dieser Seuche sind Gleichgewichtsstörungen, Gehirnerweichung etc. Haben Sie je in Erwägung gezogen, dass BSE auch für Sie gefährlich werden könnte?

Wenn Mutter mal frei hat ...

Locher: *(schwankt, wackelt mit dem Kopf, bekommt einen stieren Blick)* Nein.
BastA!: Herr Locher, ich danke Ihnen für Ihre Gesprächsbereitschaft.

(Die Fragen an B. Locher stellte unser Experte für Milliardäre Jack Pot)

○ Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.

○ Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 50.– und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.

○ Ja, ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von

Fr. _____.–

(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.– pro Monat).

○ Ich bestelle ... Exemplar(e) der Bündnis-Wahlplattform (30 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 4.-)

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Adresse: _____

Telephon/Fax: _____

Bitte einsenden an:
BastA!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

Dino lässt grüssen

Dino Bellasi hat vorgemacht, wie man ohne Anstrengung zu Geld kommt. Liebe Leserin, lieber Leser, nehmen Sie sich an Dino ein Beispiel! Gehen Sie zur Nationalbank. Murmeln Sie irgend etwas von militärischen Kursen oder so. Kassieren Sie. Doch dann aufgepasst! Investieren Sie Ihre Millionen um Gottes Willen nicht in ein Waffenlager. Wir hätten da eine bessere Idee:

PC 40-31244-5, BastA!

Und am 24. Oktober an die Urnen: Liste 8, Das Bündnis!

Impressum: Nr. 3/September 1999. Herausgeber: BastA!, Basels starke Alternative, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel./Fax 061 / 691 16 31, PC 40-31244-5, erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis, Redaktion: Martin Brunner, René Etter, Martin Flückiger, Regula Iselin, Druck: Rumzeis Basel